

Uwe Spindeldreier

Frühjahr 1992, ein Supermarkt in Gera. Antwort der Verkäuferin auf die Frage nach Kalbsschnitzeln: „Bei uns stehen die Kälber auf der Weide!“ Heißt: Kalbfleisch ist purer Wessi-Luxus. Haben wir hier nicht, brauchen wir auch nicht. Wir sind anders als ihr.

Eineinhalb Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung sehen sich mehr und mehr Menschen in den neuen Ländern einer Entwicklung ausgesetzt, die ihren Erwartungen widerspricht. Wegen des unumgänglichen Umbaus der ostdeutschen Wirtschaft steigt die Arbeitslosigkeit rapide, bald arbeitet nur noch ein Viertel an den bisherigen Arbeitsplätzen. Mindestens genauso bewusstseinsprägend ist allerdings: Fast jedem sind bereits hochnäsige „Wessis“ begegnet, die nichts vom Leben in der DDR wussten, bevor sie sich als „Aufbauhelfer“ auf den Weg machten.

Den Menschen zwischen Ostsee und Erzgebirge bleibt nicht verborgen, wie sich viele „Westimporte“ über sie mokieren. „Die müssen noch viel lernen!“, tönen die Oberlehrer. Beim Bier amüsieren sie sich lauthals über angebliche Spießigkeit, über Geschmacksverirrungen und manches mehr: Wie kann man nur?! Im „1. Leipziger Wessi-Club“ etwa lassen sie ihrer Arroganz freien Lauf. „Die“, gemeint sind die ehemaligen DDR-Bürger, „haben die Einheit doch gewollt, jetzt müssen sie sich eben umstellen.“

Große „Sympathien“ weckt die Bezeichnung „Buschzulage“ für die Gehaltszulage, die Aufbauhelfer im öffentlichen Dienst beziehen. „Sind wir ein un-

zivilisiertes Buschvolk?“, empören sich die Menschen in den neuen Ländern. Dass diese fünf neuen Länder (plus Ost-Berlin) ganz offiziell „Beitrittsgebiet“ heißen, wird als Bestätigung des Verdachts empfunden, der Westen betrachte die ehemalige DDR als unterentwickelte Kolonie.

Dass der Zerfall von Innenstädten und Industrieanlagen von der substanzzehrenden sozialistischen Planwirtschaft verursacht ist, leugnet so gut wie niemand. Und doch wittern viele Menschen hinter Sätzen wie „Hier sieht es ja aus wie bei uns in den 50er-Jahren!“, hinter Hinweisen auf wirtschaftlichen Rückstand und geringe Produktivität mangelnden Respekt vor ihren persönlichen Lebensleistungen: „Ihr tut immer so“, hört man in vielen Gesprächen, „als hätten wir die ganze Zeit auf der faulen Haut gelegen.“ Das Gefühl, im Grunde „umsonst“ gearbeitet zu haben, weckt selbst bei denen Widerstand gegen „westliche“ Wirtschaftssanierungsmethoden, die den Niedergang der DDR-Wirtschaft sehr bewusst erlebt haben und die Gründe dafür klar benennen.

Ost-Identität und West-Nostalgie

Die Frühphase des Einigungsprozesses hinterlässt Verletzungen. Die Wiedervereinigungseuphorie ist bald vergessen, plötzlich entsteht sogar Solidarität zwischen Bevölkerungsgruppen, die sich während der friedlichen Revolution noch in verschiedenen Lagern sahen.

Die Beobachtung, dass sich erst jetzt eine Ost-Identität bildet, wie sie zu DDR-

Zeiten nie existierte, dass eine „Erfahrungs- und Erzählgemeinschaft“ entsteht (Michael Rutschky), ist so falsch nicht. Dieses „Wir-Gefühl“ nährt sich selten aus gemeinsamen politischen Einstellungen, vielmehr erwächst es vor allem aus Trotz und führt zu einer geradezu provokanten Verteidigung kollektiver Erinnerungen und Gebräuche.

Sehr schnell ist ein Etikett gefunden: Ostalgie. Die Ost-Nostalgie ist – bei Licht betrachtet – anfangs kein PR-Erfolg der PDS (heute DIE LINKE), sondern eine Reaktion auf mangelndes Verständnis, fehlende Bereitschaft zuzuhören und die Haltung, die westdeutschen Maßstäbe seien in sämtlichen Lebensbereichen die allein gültigen. Diese Maßstäbe sind nicht zu hinterfragen, denn das „System“, das sich als überlegen erwiesen hat, muss sich nicht rechtfertigen. So die Wahrnehmung. Allerdings profitiert die PDS von der Ostalgie – und pflegt sie. Es gelingt der PDS, den Eindruck zu erwecken, Kritik an der SED-Diktatur und ihrer verheerenden Planwirtschaft sei Kritik an der gesamten DDR-Gesellschaft und allen, die in ihr gelebt haben. Auf diese Weise wird die PDS zu *der* ostdeutschen Regionalpartei, zur „CSU des Ostens“ (Toralf Staud).

Im Westen reiben sich Politiker und Journalisten die Augen: Wie konnte das passieren? An westdeutschen Stammtischen ist sehr bald von „Undankbarkeit“ die Rede. Das ständige Genöle, das, medial verstärkt, über die ehemalige innerdeutsche Grenze dringt, weckt Aversionen. Dieses Herumreiten auf „Befindlichkeiten“ und dann noch zwanzig Prozent und mehr für die SED-Nachfolgepartei – ist das der Dank für den „Aufbau Ost“ mithilfe westdeutscher Steuermilliarden?

Auch wenn der weitaus überwiegende Teil der Westdeutschen – Umfragen zufolge – immer noch erklärt, die Wiedervereinigung sei richtig gewesen: Der Eindruck, die deutsche Einheit sei vor allem

teuer und der finanzielle Einsatz werde nicht einmal mit Dankbarkeit quittiert, hat in den alten Ländern so etwas wie West-Nostalgie hervorgerufen. 2009 fragt Allensbach, wann es Deutschland am besten gegangen sei. Während eine klare Mehrheit (58 Prozent) in den neuen Ländern befindet: „Im wiedervereinigten Deutschland“, erklären fast zwei Drittel (65 Prozent) der Westdeutschen: „Zwischen 1945 und 1989.“

Die meisten Facetten der Einigungsprobleme sind mittlerweile mehr oder weniger detailliert analysiert. Die Ursachenforschung konzentriert sich jedoch weitgehend auf die Konfrontation der „Ostdeutschen“ mit dem realen „Westen“ ab 1989/90, auf ihre Erwartungshaltung, ihre politisch-kulturellen Prägungen, ihre Reaktionen. Auf eine Frage existieren bislang hingegen kaum Antworten: Wieso mangelte es „von westdeutscher Seite [...] allzu oft an Sensibilität und Respekt für die Belange, die Würde und überhaupt die Perspektiven der Ostdeutschen“, wie es Andreas Rödder treffend beschreibt? Wie lässt sich das Auftreten der Westdeutschen erklären? Mit welchen Einstellungen und Gefühlen, vor allem aber: mit welchem Wissen sind sie in den Einigungsprozess hineingegangen? Darauf Antworten zu suchen ist nicht nur ein Gebot der Vollständigkeit, sondern auch eines der Fairness. Und es ist eine Voraussetzung dafür, Irritationen aus dem Weg zu räumen. Die Bereitschaft, hierbei auch ein Stück Selbstkritik zu üben, könnte sich als hilfreich erweisen.

Der Westen vor der Wiedervereinigung

1999 sagte Helmut Kohl in einem Fernsehinterview rückblickend: „Unsere Kenntnisse, die wirklichen Kenntnisse von der Entwicklung [in der DDR – d. Verf.] [...] waren ja nun zum Teil ins Minimale abgeglitten.“

Die 1970er- und 1980er-Jahre waren in Westdeutschland durch eine wachsende Akzeptanz – oder zumindest Hinnahme – der deutschen Teilung, durch eine zunehmende Verharmlosung der Menschenrechtsverletzungen in der SED-Diktatur und durch schwindende Kenntnisse über das Leben in der DDR geprägt.

Selbst wenn das ursprüngliche Ziel der Strategie „Wandel durch Annäherung“ gewesen sein sollte, die Teilung langfristig durch Dialog und menschliche Begegnungen nicht nur erträglicher zu machen, sondern letztendlich zu überwinden: Im Westen waren die Auswirkungen der „Entspannungspolitik“ fatal.

Gleich zu Beginn dieser Epoche änderten sich die Unterrichtsinhalte in den westdeutschen Schulen. Im Fach Erdkunde wurden die Regionen zwischen Ostsee und Erzgebirge nicht mehr als Teile Deutschlands besprochen, die DDR erhielt Auslandsstatus. Im Geschichtsunterricht spielte der „andere deutsche Staat“, wenn überhaupt, nur eine Nebenrolle. Alle Bemühungen politischer Stiftungen, „DDR-Kunde“ zu vermitteln, konnten die Versäumnisse des Schulunterrichts nur sehr begrenzt wettmachen. Peu à peu schwanden – gesamtgesellschaftlich gesehen – das Wissen und das Interesse.

Parallel schritt die Stigmatisierung derer, die öffentlich Menschenrechtsverletzungen in der DDR thematisierten, als „Entspannungsfeinde“ und „Kalte Krieger“ voran. Selbst wer nach der nationalsozialistischen Diktatur nicht nur „Antifaschismus“ propagierte, sondern eine antitotalitäre Haltung bezog, stellte deshalb noch lange nicht die „Diktatur des Proletariats“ in der unmittelbaren Nachbarschaft infrage. Marianne Birthler 2009: „Die Teilung Deutschlands galt vielen nicht nur als Ergebnis des Weltkrieges, sondern als Konsequenz aus den ungeheuerlichen Verbrechen Deutschlands. Gegen die Teilung aufzubegehren stand

immer auch unter dem Verdacht, die deutsche Schuld nicht annehmen zu wollen.“

Die DDR als der „bessere“ deutsche Staat

Hinzu kommt, dass Teile der westdeutschen Linken die DDR grundsätzlich als den „besseren“ deutschen Staat ansahen, da er angeblich radikaler mit der Nazi-Vergangenheit gebrochen hatte; sie riefen sich nur an der Art und Weise, in der die SED die sozialistische Ideologie verwirklichte. Einen Beleg dafür hat der erklärte Wiedervereinigungsgegner Günter Grass im März dieses Jahres geliefert. Im Streitgespräch mit Hermann Kant, ehemals Präsident des DDR-Schriftstellerverbandes, sagte Grass: „Ich mache Sie mitverantwortlich für den Zerfall, den schmachvollen Niedergang der DDR und auch für das Zerrbild von Sozialismus, das Sie hinterlassen haben durch Ihre Art und Weise, wie Sie den Schriftstellerverband geführt haben.“ Grass wirft Kant vor: „Das Bild des Sozialismus, das haben Sie so beschädigt, dass die andere Seite bis heute Nutzen daraus zieht.“

Es lässt sich darüber streiten, ob das SPD/SED-Papier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ von 1987 ein Beitrag zur Destabilisierung der SED-Diktatur war, weil es beiden „Systemen“ Reformfähigkeit attestierte und damit eine Berufungsgrundlage für Reformkräfte in der DDR darstellte. Im Westen war das Papier jedenfalls ein Beitrag zur Festigung der „Zwei-Staaten-Theorie“, zur faktischen Anerkennung der DDR und – mehr noch – ihrer Existenzberechtigung. Dass das SPD-geführte Nordrhein-Westfalen 1988 aus der gemeinsamen Finanzierung der Zentralen Erfassungstelle in Salzgitter ausstieg und so einer der „Geraer Forderungen“ Erich Honeckers entgegenkam, war da nur konsequent.

Die einzigen Parteien, die über alle Jahre der Teilung hinweg bemüht waren,

das Bewusstsein um die Offenheit der deutschen Frage und den Charakter des SED-Regimes wachzuhalten, waren CDU und CSU. Sicherlich, der Slogan „Weiter so, Deutschland!“ im Bundestagswahlkampf 1987 war wegen der Verwendung des Deutschlandbegriffs als Synonym für den Teilstaat Bundesrepublik ein Missgriff. Die sprachliche Verkürzung entsprach zwar dem Denken von 59 Prozent der Westdeutschen, und bereits 1976 hatte die SPD mit dem Slogan „Modell Deutschland“ geworben, doch gerade der CDU hätte dieser Fehler nicht unterlaufen dürfen.

Helmut Kohl hat ihn wenige Monate später beim Honecker-Besuch in Bonn ausgebügelt: mit seiner Tischrede, in der er sich unmissverständlich zum Ziel der deutschen Einheit in Freiheit bekannte. Letztendlich ist es Kohl zu verdanken, dass ein Diskussionsentwurf zur Außen-, Sicherheits-, Europa- und Deutschlandpolitik für den CDU-Bundesparteitag 1988 entscheidende Korrekturen erfuhr. Ursprünglich hieß es unter anderem, die Lösung der deutschen Frage sei „gegenwärtig nicht zu erreichen“, was einen Journalisten und CDU-Mandatsträger zu dem Kompliment veranlasste, das sei das „Godesberg der CDU“. Nach einiger Aufregung, von Karl-Rudolf Korte präzise nachgezeichnet, ließ Kohl den Entwurf überarbeiten. Am Ende war die Formulierung „gegenwärtig nicht zu erreichen“ gestrichen, die Reihenfolge der Themen geändert und dem deutschlandpolitischen Kapitel ein Adenauer-Zitat mit einem ausdrücklichen Bekenntnis zur Wiedervereinigung vorangestellt.

Vorboten des Wandels

Weder der Ur- noch Endfassung ist allerdings zu entnehmen, dass die Union die – zugegebenermaßen leisen – Vorboten der Veränderungen in der DDR erkannt hätte. Dabei war es gerade erst wenige Wochen her, dass Bürgerrechtler

bei der traditionellen Rosa-Luxemburg-Kundgebung mit dem Zitat „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“ für Aufsehen gesorgt hatten. Sechzehn Tage vor der Präsentation des Diskussionspapiers mussten die Regisseurin Freya Klier und der Liedermacher Stefan Krawczyk die DDR verlassen. Beim Parteitag selbst erwähnte nur ein einziger Delegierter kurz die kirchliche DDR-Opposition.

Mit Ausnahme von Teilen der Grünen und der Alternativen Liste in West-Berlin registrierten die bundesdeutschen Parteien kaum, was sich wirklich hinter Mauer und Stacheldraht tat. Wer sich mit der langsam erstarkenden, von Gorbatschows Politik ermutigten Bürgerrechtsbewegung befasste und Kontakt zu denen hatte, die sie vom Westen aus unterstützten – allen voran Jürgen Fuchs –, dem konnte nicht verborgen bleiben, dass sich etwas bewegte. Nur ganz wenige im Westen waren so weitsichtig wie Wolf Biermann, der schon 1984 beim einzigen deutschlandpolitischen Kongress der Grünen erklärte, die deutsche Einheit komme – und er habe auch schon die Hymne dafür. Mit mehreren Hundert verduzteten Teilnehmern studierte er dann in der Karlsruher Kongresshalle die „Kinderhymne“ von Bert Brecht ein.

Da dies jedoch auch in den Folgejahren exotische Randerscheinungen blieben, war das Gros der politischen Kaste in der Bundesrepublik – und der Bevölkerung erst recht – vollkommen überrascht, als sich 1989 die Proteste gegen die gefälschten DDR-Kommunalwahlen erhoben, im Sommer die Fluchtbewegung einsetzte, im Herbst die Montagsdemonstrationen stattfanden und am 9. November schließlich die Mauer fiel.

„Ich habe die 40 Jahre unterschätzt“

Als dann mit der ersten freien Volkskammerwahl am 18. März 1990 endgültig klar wurde, dass die Entwicklung auf eine

schnelle Wiedervereinigung zusteuerte, sahen die Westdeutschen keinen Anlass mehr, sich mit dem Leben in der DDR zu befassen. Denn dieser Staat würde ja nun bald Geschichte sein. Und seine Bewohner, so die verbreitete Annahme, hätten immer nur darauf gewartet, endlich von der SED-Diktatur befreit zu werden und in einem vereinten, freien, demokratischen und marktwirtschaftlichen Deutschland leben zu können. Jana Hensel schreibt in ihrem Buch *Achtung Zone*, die Westdeutschen hätten angenommen, „dass die meisten DDR-Bürger über ihr Leben genau so dachten wie sie selbst. Dass die Jahrzehnte in einem sozialistischen Staat spurlos an ihnen vorbeigehen würden“. Helmut Kohl hat es kürzer formuliert: „Ich habe klar unterschätzt, wie tief die Teilung war. Anders ausgedrückt: Ich habe die vierzig Jahre unterschätzt.“

Der zwanzigste Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung könnte, nein: sollte ein Anlass sein, Versäumtes nachzuholen und keine neuen Versäumnisse entstehen zu lassen. Das heißt zum einen, offen über die westdeutschen wie ostdeutschen Prägungen zu sprechen, die zu Irritationen, zu Ost- wie West-Nostalgie geführt haben. Zum anderen gilt es zu vermitteln, was und wie vieles sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten östlich der Werra verändert hat. Dazu gehören keineswegs nur die greifbaren Erfolge beim „Aufbau Ost“, etwa die Quantensprünge in der Infrastruktur, in der Forschungslandschaft oder im Umweltschutz, sondern auch die Tatsache, dass die neuen Länder längst kein homogenes Gebilde mehr sind. So ist vielerorts eine regionale Identität (wieder)entstanden, die die „Ost-Identität“ deutlich überlagert. Laut *Thüringen-Monitor*, der jährlichen Studie der Universität Jena zur politischen Kultur Thüringens, sahen sich 2008 42 Prozent der Befragten in erster Linie als Thüringer, 29 Prozent als Deut-

sche, nur siebzehn Prozent als Ostdeutsche. In der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen ist der Abstand zwischen der deutschen und der ostdeutschen Identität mit 26 Prozent am größten.

Wer genau hinsieht, wird leicht feststellen, dass insbesondere international vernetzte Forschungsstandorte wie Jena erhebliche mentale Auswirkungen auf ihre Umgebung haben. Auch in den mittelständischen Firmen, die weltweit gefragte Hightech-Produkte erzeugen, sucht man Ostalgie vergebens.

Teilendes Denken

Ein Dilemma ist, dass die differenzierte Sicht auf Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen immer wieder von der summarischen Betrachtung konterkariert wird, die zum Beispiel bei der Begründung des Solidarpakts notwendig ist. So sehr der Solidarpakt aufgrund der strukturellen Defizite in den neuen Ländern noch erforderlich ist, so sehr perpetuiert er zwangsläufig das, was sich als „teilendes Denken“ bezeichnen lässt.

Beiträge dazu leisten, genau genommen, alle Statistiken, die zwischen West und Ost unterscheiden. Umso wichtiger ist es, die pauschalen Ost-West-Unterscheidungen zumindest dort *ad acta* zu legen, wo sie längst nicht mehr sinnvoll sind.

Vollends verzichtbar ist die Pflege des „teilenden Denkens“, wenn es vordergründiger Effekthascherei dient. Die *Bild-Zeitung* am 15. März dieses Jahres: „Umfrage-Schock! Jeder 4. wünscht sich Mauer zurück.“ Angeblich hat EMNID ermittelt, dass jeder vierte Deutsche es „manchmal wünschenswert“ findet, es gäbe die Mauer noch. Dass erfreulicherweise drei Viertel diese Meinung trotz aller Probleme nicht teilen, hebt das Blatt nicht hervor. Das Ganze war nichts anderes als eine PR-Aktion für den Sat.1-Zweiteiler „Die Grenze“. Es steht zu be-

fürchten, dass wir in diesem Jahr noch mit mancherlei Unsinn dieser Art konfrontiert werden.

Mitunter greifen freilich auch die neuen Länder selbst daneben. Ob es wirklich klug ist, für die Hochschulen zwischen Ostsee und Thüringer Wald mit dem Slogan „Studieren in Fernost“ zu werben und im Video dazu „bizarre Begegnungen“ (im Bild: ältere, verstört dreinschauende Menschen) anzukündigen? Vielleicht kommt diese Ironie bei einigen Schülerinnen und Schülern in den alten Ländern an, in den neuen wird sie wahrscheinlich ungute Gefühle wecken. Mit diesem Problem haben sich Produktwerber schon vor Jahren befasst. Den Auftraggebern der Hochschulkampagne scheint das verborgen geblieben zu sein.

Jubiläumstage als Denktage und Tage des Dialogs

Jubiläumstage bieten Chancen. Die Jubiläen der friedlichen Revolution und des Mauerfalls haben in nahezu allen Medien zu einer Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte und den Gründen für die Ereignisse des Jahres 1989 geführt. In diesem Zusammenhang ist es endlich gelungen, den irreführenden, von Egon Krenz geprägten Begriff „Wende“ im öffentlichen Sprachgebrauch zurückzudrängen. Nahezu flächendeckend war 2009 von der „friedlichen Revolution“ die Rede. *Erstens* ist das ein Gebot der Redlichkeit gegenüber der Bürgerbewegung, der letztendlich die Einheit zu verdanken ist. *Zweitens* deutet der Revolutionsbegriff auf die Überwindung der SED-Diktatur hin, während der Begriff „Wende“ verharmlost. Er insinuiert, es habe lediglich eine Veränderung gegeben, er provoziert keine Nachfragen. Wer ihn propagiert, will keine Nachfragen.

Verändert hat sich auch der Umgang mit dem Thema Stasi. Fraglos muss die Aufklärung über das zentrale Instrument

der SED-Diktatur zur Machtsicherung weitergehen. Gedenkstätten wie die in Berlin-Hohenschönhausen leisten wichtige Arbeit. Inzwischen – und auch daran haben die Jubiläen einen Anteil – wird jedoch immer deutlicher, dass die Stasi-Akten nicht nur tausendfache Täter- und Mittäterschaft belegen, sondern auch zahlreiche Zeugnisse für listige „Dekonstruktion“ und fantasievollen Widerstand enthalten. Das heißt: Nachdem die Einschätzungen der Stasi 1990 und in den Jahren danach zunächst durch immer neue, Überdruss stiftende Sensationsmeldungen geprägt waren, besteht nun die Chance zu einer nüchternen, umfassenderen und damit auch nachhaltigeren Aufarbeitung dieses Kapitels.

Dass zwischen den Menschen in den alten und in den neuen Ländern zum Teil deutliche Einstellungsunterschiede bestehen, zeigen alle einschlägigen Umfragen. Thomas Petersen (Allensbach) schreibt Ende November 2009, im „deutsch-deutschen Verhältnis“ sei seit Jahren eine langsame Entspannung zu beobachten, bei der Bewertung der DDR gebe es jedoch noch große Unterschiede. Petersen weist allerdings auch darauf hin, dass die starke Beschäftigung mit dem Mauerfalljubiläum in den Medien dem „Vergessen und Verklären der DDR“ etwas entgegengewirkt habe. Das Jubiläumsjahr 2010 kann weitere Beiträge dazu leisten. Es sollte jedoch ein weiterer Schritt gelingen: ein Stück weit die „Fremdheit“ zu überwinden, die „nicht nur ob des wirtschaftlichen Rückstands eine unsichtbare Grenze“ bildet (Erich Röper).

Wie? Bundeskanzlerin Angela Merkel hat dazu aufgerufen, „sich von den Lebensläufen, sich voneinander zu erzählen – in Ost und West“. Sie hat hinzugefügt: „Ich glaube, wir tun das immer noch zu wenig.“ Das Jahr 2010 bietet gute Gelegenheiten dazu.

Der Beitrag gibt die persönliche Sicht des Autors wieder.